

Erwerbsbeteiligung von Müttern

Traditionelle Muster und neue Entwürfe

In Zeiten eines steigenden Fachkräftebedarfs wird die Frage immer wichtiger, wie sich Mütter stärker am Erwerbsleben beteiligen können. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier werden drei Modelle vorgestellt und ihr jeweiliges Potenzial, Frauen stärker für den Arbeitsmarkt zu mobilisieren. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, wie sich traditionelle Erwerbsmuster verändert haben. Untersucht man die heutigen Arbeitszeitwünsche von Frauen und Männern, zeichnen sich neue Entwürfe für eine bessere Balance zwischen Familien- und Erwerbsarbeit ab.



Die aktuelle Debatte um den Fachkräftebedarf hat die Aufmerksamkeit auch auf das nicht ausgeschöpfte Arbeitskräftepotenzial von Frauen gelenkt. Durch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Müttern, kürzere familienbedingte Erwerbsunterbrechungen und längere Arbeitszeiten von teilzeitbeschäftigten Frauen könnten viele zusätzliche Fachkräfte für den Arbeitsmarkt gewonnen werden. Eine bessere Balance von Familien- und Arbeitsleben gilt als zentraler Ansatzpunkt, um die Erwerbszeiten von Frauen auszuweiten. Um dies zu erreichen, wird eine breite Palette von Maßnahmen diskutiert. Dabei bleibt oft außer Acht, welches Modell der Vereinbarkeit von Familie und Beruf richtungsweisend sein könnte.

Dieser Beitrag stellt drei Modelle vor und beschreibt, welche davon gegenwärtig von ost- und westdeutschen Müttern praktiziert werden. Ein Blick auf die zeitliche Entwicklung zeigt, wie sich die traditionellen Erwerbsmuster verändert haben und wie sich familienpolitische Weichenstellungen ausgewirkt haben. Untersucht man die heutigen Arbeitszeitwünsche von Frauen und Männern, zeichnen sich neue Arrangements von Familien- und Erwerbsarbeit ab.

Modelle der Vereinbarkeit

In Anlehnung an Studien von Andrea Ziefle aus dem Jahr 2009 lassen sich drei mögliche Varianten der Koordination von Familien- und Erwerbsarbeitszeiten unterscheiden. Das Modell einer sukzessiven Vereinbarkeit ist auf einen männlichen Haupternährer und auf eine traditionelle Rollenverteilung zugeschnitten. Mütter richten ihre Erwerbsphasen nach den familiären Betreuungserfordernissen aus, indem sie ihre Erwerbstätigkeit auf die Zeiten vor der Familiengründung und nach der intensiven Betreuungsphase der Kinder konzentrieren. Den Gegenentwurf dazu nennt Andrea Ziefle das Modell der simultanen Vereinbarkeit mit einer gleichzeitigen Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern und Vätern und kurzen Erwerbsunterbrechungen von Müttern nach der Geburt eines Kindes.

Beide Modelle erfordern eine jeweils spezifische institutionelle Rückendeckung. Das erste Modell wird durch steuerliche Entlastungen von Familien, Freistellungs-

regelungen für einen reibungsarmen Aus- und Wiedereintritt in das Erwerbsleben und eine rechtliche Absicherung von Frauen gegenüber Risiken bei Ausfall des Familienernährers gestützt. Um die Rückkehr in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, wären geeignete Wiedereingliederungsmaßnahmen erforderlich (vgl. Artikel „Beruflicher Wiedereinstieg nach langer Unterbrechung“ auf Seite 12). Das zweite Vereinbarkeitsmodell benötigt vor allem familienunterstützende Dienstleistungen und ein hochflexibles öffentliches Betreuungsangebot für Kinder. In diesem Zweiverdiener-Modell könnten sich direkte familienpolitische Transferleistungen auf Familien mit geringem Einkommen konzentrieren.

Im dritten Modell einer eingeschränkten simultanen Vereinbarkeit reduzieren Mütter wie Väter in der betreuungsintensiven Familienphase zeitweise ihre Arbeitszeit. Mütter unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit nach der Geburt eines Kindes nur kurz. Wesentliche institutionelle Säulen sind hier eine ergänzende öffentliche Kinderbetreuung, ein umfassender Ausbau von familienfreundlichen Arbeitszeitregelungen und insbesondere eine Veränderung der familiären Arbeitsteilung.

Die Vereinbarkeitsmodelle in Deutschland

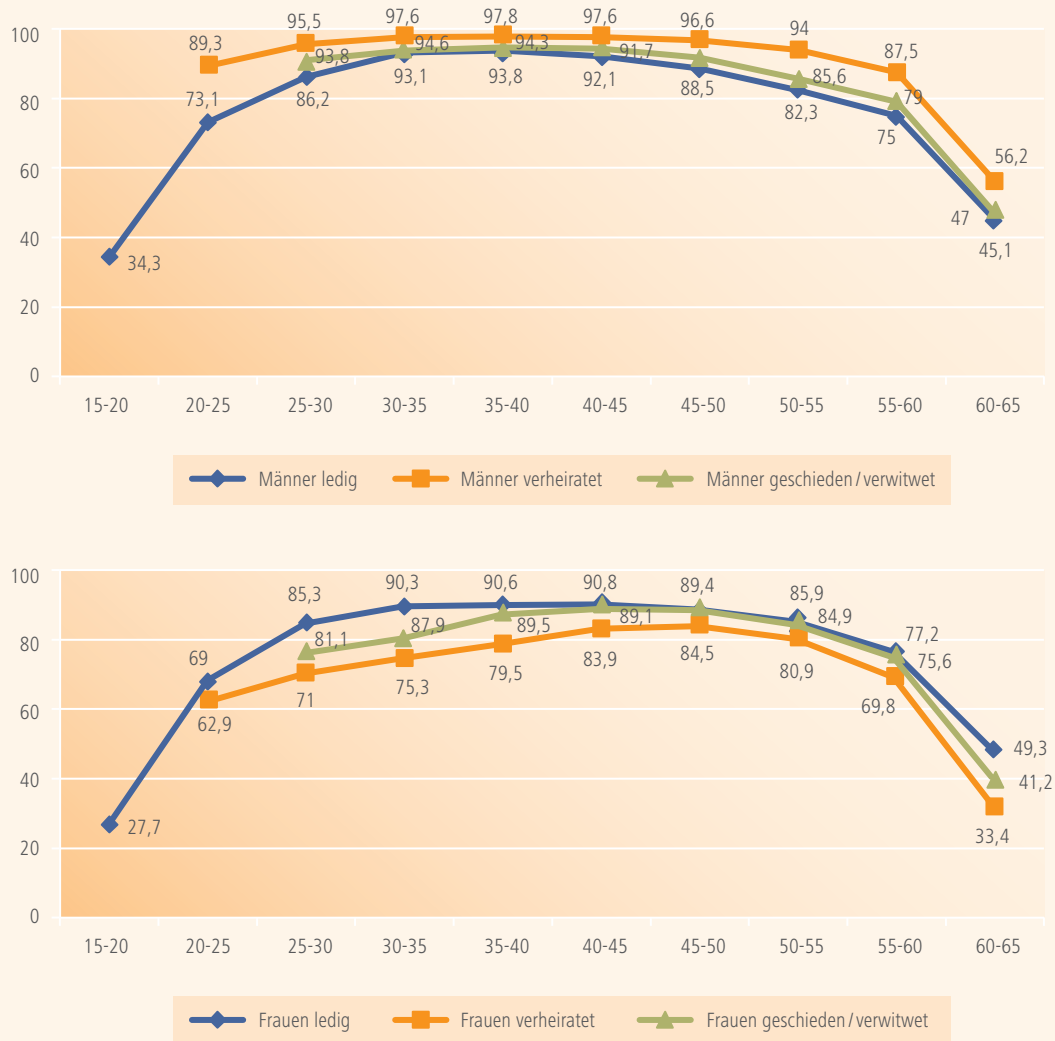
Solche idealtypischen Modelle existieren nie in Reinform. In der Realität findet sich vielmehr eine Kombination verschiedener Elemente. Die Erwerbsquoten von Frauen und Männern nach Alter und Familienstand veranschaulichen das dominierende Muster der Erwerbsbeteiligung (vgl. Abbildung 1 auf Seite 6). Daraus geht hervor, dass die Erwerbspartizipation von Frauen im Jahr 2010 immer noch stärker als bei Männern an den Familienstand gekoppelt ist.

Während sich die Erwerbsquoten von ledigen, verheirateten oder geschiedenen Männern in der Altersphase der Familiengründung etwa zwischen 25 und 40 Jahren kaum unterscheiden, sind vor allem verheiratete und in geringerem Umfang auch geschiedene Frauen in den entsprechenden Altersgruppen weniger auf dem Arbeitsmarkt aktiv. Dabei sinkt insbesondere nach einer Familiengründung die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen, während familiäre Ereignisse das Arbeitsmarktvverhalten von Vätern kaum beeinflussen.

Abbildung 1

Erwerbsquoten von Frauen und Männern nach Altersgruppen und Familienstand 2010

in Prozent



Anmerkung: Die beiden Grafiken geben den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe wieder.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Mikrozensus. Fachserie 1, Reihe 4.1.1, S. 34. Wiesbaden.

©IAB

Erwerbstätige Frauen stehen vor der Aufgabe, zeitliche Arrangements für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu finden. Eine Möglichkeit besteht darin, den Arbeitszeitumfang familienkompatibel zu gestalten. Die deutliche Mehrheit der westdeutschen Mütter bringt familiäre und berufliche Anforderungen

durch Teilzeitarangements – darunter auch geringfügige Beschäftigung – in Einklang (vgl. Abbildung 2 auf Seite 9). Erst wenn das jüngste Kind das Jugendalter erreicht, ist ein Drittel der Mütter Vollzeit erwerbstätig. Studien haben wiederholt gezeigt, dass Teilzeitarangements von Müttern im Westen meist ihren Überzeugungen entspre-

chen, die Betreuung von jüngeren Kindern am besten selbst zu übernehmen. Zugleich erschwert das auf eine halbtägige Betreuung ausgerichtete Kinderbetreuungssystem eine Vollzeiterwerbstätigkeit, wie unter anderem eine im Jahr 2009 veröffentlichte Studie von Dina Humelsheim zeigt.

Im Jahr 2010 waren anteilig mehr als doppelt so viele ostdeutsche Mütter im Vergleich zu westdeutschen Vollzeit erwerbstätig. Teilzeitbeschäftigung ist bei ostdeutschen Müttern nicht nur seltener, sie entspricht oft auch nicht ihren tatsächlichen Arbeitszeitwünschen (vgl. Artikel „Arbeitszeitpotenziale von Frauen“ auf Seite 18). Eine stärkere Erwerbsorientierung und ein gut ausgebautes öffentliches Kinderbetreuungssystem tragen wesentlich zu diesen regionalen Unterschieden bei. In beiden Landesteilen sind hingegen Erwerbstätigkeiten in Teilzeit bei Vätern die Ausnahme. Je nach Alter des jüngsten Kindes arbeiten im Westen nur zwischen vier und sechs Prozent der erwerbstätigen Väter Teilzeit, im Osten liegen die Anteilswerte zwischen sechs und acht Prozent.

Nimmt man die Erwerbsquoten und den Arbeits-

zeitumfang von Erwerbstätigen als Indiz für die aktuell praktizierten Modelle zur Koordination von Familien- und Erwerbszeiten, dann zeichnet sich ein für den jeweiligen Landesteil spezifischer Modellmix ab. Westdeutsche Mütter tendieren häufiger dazu, sich in der Familienphase ganz auf die Familienarbeit zu konzentrieren oder währenddessen die Arbeitszeit zu reduzieren. Ostdeutsche Mütter bringen Familienarbeit und Vollzeitbeschäftigung häufiger in Einklang.

Entwicklungslinien

Ein Blick zurück zeigt, dass sich das Erwerbsverhalten von Frauen nach dem Krieg nachhaltig verändert hat. Untersuchungen von Andrea Ziefle aus dem Jahr 2009 und Nadiya Kelle aus dem Jahr 2011 belegen, dass die weibliche Erwerbsbeteiligung in Westdeutschland seit den 1950er Jahren in jeder Geburtskohorte weiter gestiegen ist. In der Nachkriegszeit etablierte sich zunächst das Modell der sukzessiven Vereinbarkeit. Zu dieser Zeit gingen die Erwerbsquoten von Frauen in der Familienphase stark zurück und nahmen erst in den späteren Lebensjahren





wieder zu. In den jüngeren Kohorten wird der familienbedingte Rückzug aus dem Arbeitsmarkt deutlich schwächer, es bleibt jedoch ein starker Einfluss der Familienphase auf die weiblichen Erwerbsverläufe erhalten. Dabei steigt die Erwerbsbeteiligung von Müttern vor allem aufgrund der Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung. Parallel dazu geht die Vollzeitbeschäftigung von Müttern über die Zeit eher zurück (vgl. auch Artikel „Arbeitszeitpotenziale von Frauen“ auf Seite 18).

Mit dem vermehrten Zugang von Müttern in Teilzeit und auch in geringfügige Beschäftigung und mit der Zunahme von dauerhaften Teilzeitbeschäftigungen wandelte sich das Vereinbarkeitsmodell im Westen in Richtung einer eingeschränkten Vereinbarkeit. Aufgrund eines stark begrenzten Angebots an Krippen- und Ganztagsbetreuungsplätzen stießen westdeutsche Mütter auf hohe Hürden, Familie und Erwerbstätigkeit in Einklang zu bringen. Dennoch hat sich das Modell einer simultanen Vereinbarkeit in Westdeutschland in begrenztem Umfang bei hoch qualifizierten Frauen und bei hoch qualifizierten

Paaren etabliert, wie Studien von Michaela Kreyenfeld und anderen aus dem Jahr 2007 belegen. In dieser Teilgruppe ist die Vollzeittätigkeit von Müttern über die Zeit weniger stark zurückgegangen, während sie bei gering qualifizierten Müttern überproportional stark sank. Diese Entwicklung ist wesentlich auch der Verschlechterung des Arbeitsmarktes für gering Qualifizierte geschuldet.

In den ostdeutschen Bundesländern war das Modell der simultanen Vereinbarkeit zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung noch umfassender etabliert als es gegenwärtig der Fall ist. Wie eine aktuelle Studie von Barbara Hanel und Regina Riphahn aus dem Jahr 2011 feststellt, verändern sich die Erwerbsmuster der ostdeutschen Mütter unter dem Einfluss derselben institutionellen Rahmenbedingungen. Die Erwerbsbeteiligung von ostdeutschen Müttern mit geringem und mittlerem Qualifikationsniveau sinkt über die Zeit. Familienpolitische Anreize wie auch die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt tragen hier dazu bei, dass sich die Erwerbsmuster dieser Teilgruppen tendenziell an die westdeutschen Muster angleichen.

Abbildung 2a

Erwerbstätigenquoten von westdeutschen Müttern in Voll- und Teilzeit nach Alter des jüngsten Kindes 2010

in Prozent

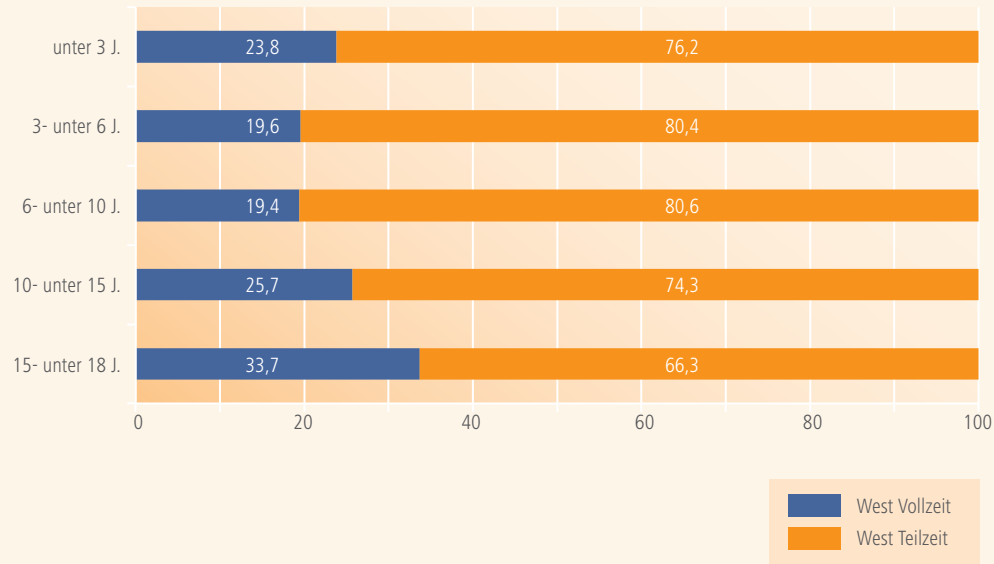
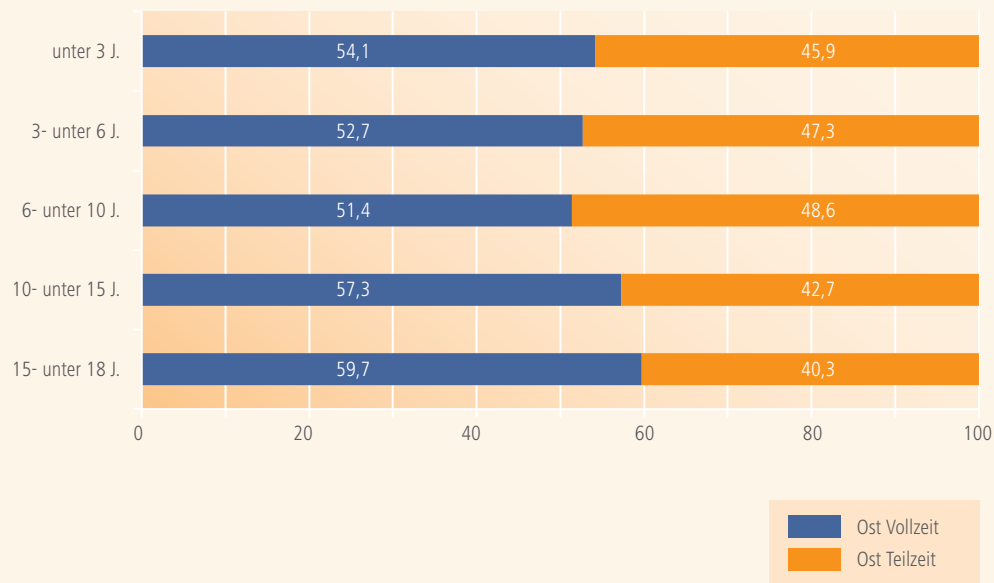


Abbildung 2b

Erwerbstätigenquoten von ostdeutschen Müttern in Voll- und Teilzeit nach Alter des jüngsten Kindes 2010

in Prozent



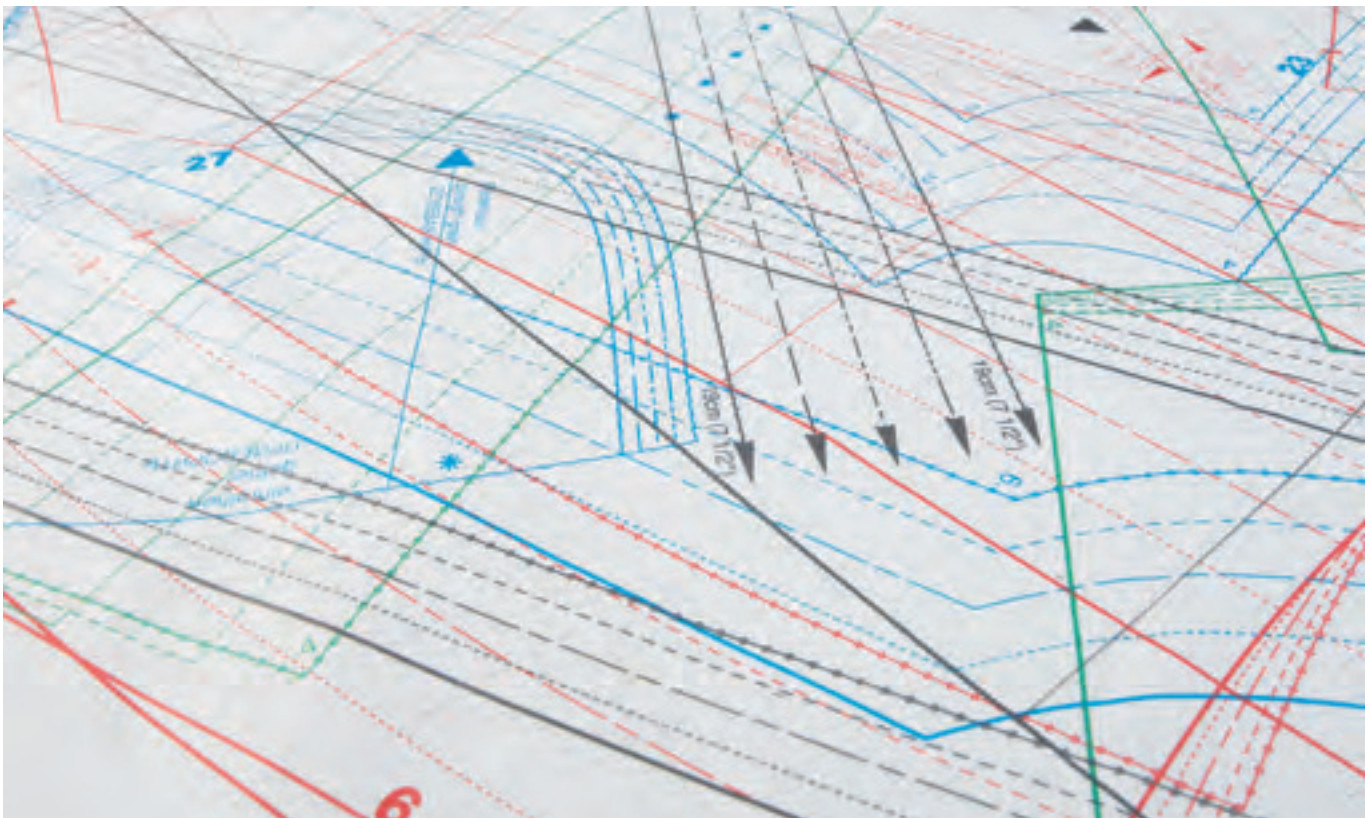
Quelle: GENESIS online, Ergebnisse des Mikrozensus, Tabelle 12211-0606, eigene Darstellung; Anteil der aktiv erwerbstätigen Mütter (ohne vorübergehende Beurlaubung) an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, 15- bis 64-Jährige

Familienpolitische Weichenstellungen

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist auch ein zentrales Ziel der deutschen Familienpolitik. Familienpolitische Weichenstellungen haben einen großen Einfluss darauf, in welche Richtung sich das deutsche Vereinbarkeitsmodell entwickelt. So sind Freistellungsregelungen und staatliche Transferleistungen wie Erziehungsgeld oder Elterngeld wichtige Stellschrauben, mit denen die Dauer von familienbedingten Erwerbspausen beeinflusst wird. Wie Katharina Spieß 2011 in einer Zusammenschau von Befunden über die Wirkung von familienpolitischen Regelungen zeigt, hat die schrittweise Ausdehnung des Erziehungsurlaubs und der später eingeführten Elternzeit von sechs Monaten im Jahr 1986 auf drei Jahre im Jahr 2007 die Unterbrechungszeiten von Müttern verlängert. Diese familienpolitischen Impulse haben somit eher Arrangements der sukzessiven Vereinbarkeit gestützt, die sich zudem nachteilig auf die Lohnentwicklung der Mütter mit Erwerbsunterbrechungen ausgewirkt haben.

Mit der Einführung des Elterngeldes in Form einer Einkommensersatzleistung im Jahr 2007 sollten alternative Arrangements gefördert werden, nun mit dem Ziel, die Erwerbspausen von Müttern zu verkürzen. Seither ist die Müttererwerbstätigkeit während des ersten Lebensjahres des Kindes zurückgegangen, weil die Erwerbsanreize für solche Mütter sinken, die nach der früheren Erziehungsgeldregelung keinen Anspruch geltend machen konnten.

Ab dem zweiten Lebensjahr steigt allerdings die Wahrscheinlichkeit, dass Mütter in den Arbeitsmarkt zurückkehren. Dies trifft insbesondere auf Mütter mit niedrigem Einkommen zu, da das an das Einkommen vor der Geburt gebundene Elterngeld geringer ausfällt als das frühere Erziehungsgeld. Hingegen haben sich die Erwerbsanreize für Mütter mit einem hohen Einkommen vor der Geburt nicht geändert, dementsprechend schlägt sich die Elterngeldreform nicht in einer früheren Berufsrückkehr nieder, so Johannes Geyer in einer 2012 veröffentlichten Studie. Die in der Elterngeldregelung gesetzten Einkommensanreize führen somit nur bei Teilgruppen zu



einer kontinuierlicheren Erwerbsbeteiligung.

Eine Ausweitung des Arbeitszeitumfangs scheitert aber im Westen nach wie vor an der unzureichenden Zahl an Betreuungsplätzen insbesondere für Kinder unter drei Jahren und für die Ganztagsbetreuung. Statistischen Modellschätzungen von Katharina Spieß aus dem Jahr 2011 zufolge würde ein Ausbau dieser beiden Angebote deutlich dazu beitragen, die Erwerbsbeteiligung von Müttern auch in Vollzeit zu erhöhen.

Fazit

Nach den hier skizzierten Forschungsergebnissen zur Erwerbsbeteiligung von Müttern gibt es bislang kaum Indizien, dass sich in Deutschland das Modell einer simultanen Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie herausbildet. Auch die jüngsten familienpolitischen Reformen folgen diesem Leitbild nicht.

Mit Blick auf den Fachkräftebedarf mag dies als problematische Entwicklung gewertet werden. Aus dem Blickwinkel des Arbeitskräftepotenzials gelangt man jedoch zu einer anderen Einschätzung. Eine Studie von Elke Holst und Hartmut Seifert aus dem Jahr 2012 stellt fest, dass tatsächliche und gewünschte Arbeitszeiten sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern nicht deckungsgleich sind. Beschäftigte mit langen Arbeitszeiten – häufig Männer – wünschen oft kürzere Arbeitszeiten; Beschäftigte mit kürzeren Arbeitszeiten – häufig Frauen – wünschen hingegen oft längere Arbeitszeiten. Dies könnte als Hinweis darauf gelesen werden, dass Mütter wie Väter eher zum dritten Modell der eingeschränkten simultanen Vereinbarkeit tendieren.

Offen ist, wie sich eine Realisierung der Arbeitszeitwünsche auf das gesamte Erwerbsarbeitsvolumen beider Geschlechter auswirken würde, ebenso wie die Frage, ob die Arbeitsteilung in den Familien durch reduzierte Erwerbsarbeitszeiten von Vätern gleicher würde. In der Debatte um Strategien zur Deckung des Fachkräftebedarfs sollten Arbeitszeitwünsche von Männern und Frauen aber mehr beachtet werden.

Literatur

Geyer, Johannes; Haan, Peter; Spieß, C. Katharina; Wrohlich, Katharina (2012): Elterngeld führt im zweiten Jahr nach Geburt zu höherer Erwerbsbeteiligung von Müttern. DIW Wochenbericht 9.

Hanel, Barbara; Riphahn, Regina T. (2011): The Employment of Mothers: Recent Developments and their Determinants in East and West Germany. IZA Discussion Paper 5752.

Holst, Elke; Seifert, Hartmut (2012): Arbeitszeitpolitische Kontroversen im Spiegel der Arbeitszeitwünsche. WSI Mitteilungen 65(2), S.141-149.

Hummelsheim, Dina (2009): Die Erwerbsbeteiligung von Müttern: Institutionelle Steuerung oder kulturelle Prägung? Eine empirische Untersuchung am Beispiel von Belgien, West- und Ostdeutschland. Wiesbaden: VS Verlag.

Kelle, Nadiya (2011): Wandel von Erwerbsbeteiligung westdeutscher Frauen nach der Erstgeburt – ein Vergleich der zwischen 1936 und 1965 geborenen Kohorten. SOEP Paper 406.

Kreyenfeld, Michaela; Konietzka, Dirk; Böhm, Sebastian (2007): Die Bildungsungleichheit des Erwerbsverhaltens von Frauen mit Kindern. Zeitschrift für Soziologie 36, S. 434-452.

Spieß, C. Katharina (2011): Vereinbarkeit von Familie und Beruf – wie wirksam sind deutsche „Care Policies“? Perspektiven der Wirtschaftspolitik 12, S. 4-27.

Ziefle, Andrea (2009): Familienpolitik als Determinante weiblicher Lebensverläufe? Die Auswirkungen des Erziehungsurlaubs auf Familien- und Erwerbsbiographien in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag.

Die Autorin



Juliane Achatz

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Erwerbslosigkeit und Teilhabe“ am IAB.
juliane.achatz@iab.de